

II-1849 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI.Gesetzgebungsperiode

18.9.1968

892/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. S c r i n z i, P e t e r, Z e i l l i n g e r und  
Genossen

an den Bundesminister für Unterricht,  
betreffend eheste Überprüfung des Schulgesetzwerkes 1962 auf seine Durch-  
führbarkeit.

Die wenigen Wochen vor Schulbeginn vom Bundesministerium für Unter-  
richt im Verordnungswege verfügte vorübergehende Herabsetzung der Gesamt-  
wochenstundenzahl der Pflichtgegenstände in der Hauptschule, im Poly-  
technischen Lehrgang sowie in den allgemeinbildenden höheren Schulen hat  
im Schulwesen Ratlosigkeit und Verwirrung ausgelöst.

Obwohl Schulleitungen und Lehrer gemeinsam nach Kräften um eine trag-  
bare Lösung bemüht waren, ist ein Zustand eingetreten, der nach erfolgtem  
Schulbeginn einen geregelten Unterricht unmöglich gemacht und bei Eltern,  
Lehrern und Schülern berechtigten Unmut hervorgerufen hat.

Die vom Bundesministerium für Unterricht für die Anordnung der Wochen-  
stundenkürzungen gewählte Form, die die Lösung der eigentlichen Probleme den  
Landesschulbehörden überläßt, stellt einen neuen Versuch dar, einen Teil  
der Verantwortung für die folgenschweren Fehler und Mängel des Schulgesetz-  
werkes 1962 auf die Bundesländer abzuwälzen.

Mit der Kürzung des Lehrplanes um durchschnittlich zwei Wochenstunden  
wurde den Eltern, Schülern und Lehrern - zu den bereits bestehenden Belastun-  
gen, die sich aus Wechselunterricht, Wanderklassen, Kurzzeitstunden und ei-  
ner der Realität nicht gerecht werdenden Schülerhöchstzahlbegrenzung erge-  
ben - eine neue, unzumutbare Last auferlegt.

Die oben dargelegten Umstände sind ein neuer Anlaß, auf die Dringlich-  
keit einer generellen Überprüfung des Schulgesetzwerkes 1962 hinzuweisen.  
Auf eine diesbezügliche Anfrage des Abgeordneten Peter hat der Herr Bundes-  
minister für Unterricht in der Fragestunde des Nationalrates vom 19.6.1968  
eine solche Überprüfung zugesagt und die Bekanntgabe des erarbeiteten Unter-  
suchungsergebnisses in der kommenden Herbstsession in Aussicht gestellt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister  
für Unterricht die

892/J

A n f r a g e :

- 1) Wie weit ist die Überprüfung des Schulgesetzwerkes 1962 im Bundesministerium für Unterricht bisher gediehen?
- 2) Welche Teile des Schulgesetzwerkes 1962 wurden bei dieser Überprüfung bisher als undurchführbar bzw. abänderungsbedürftig erkannt?
- 3) Hat diese Überprüfung bezüglich des 9. Mittelschuljahres bereits zu einem Ergebnis geführt?
- 4) Im Falle der Bejahung der Frage 3): Stimmt dieses Ergebnis mit der von der freiheitlichen Nationalfraktion seit langem vertretenen Auffassung überein, daß das 9. Mittelschuljahr abzuschaffen ist?
- 5) Werden im Zuge der weiteren Untersuchungen Lehrer und Eltern abgehört und deren Vorschläge berücksichtigt werden?
- 6) Im Falle der Bejahung der Frage 5): In welcher Form wird Eltern und Lehrern Gelegenheit gegeben werden, ihre Vorschläge zu Gehör zu bringen?
- 7) Wann wird die Bekanntgabe des gesamten Untersuchungsergebnisses erfolgen?
- 8) Unter der von den unterzeichneten Abgeordneten als sicher angenommenen Voraussetzung, daß die Überprüfung des Schulgesetzwerkes 1962 das Ergebnis bringen wird, daß dieses in einer Reihe von Punkten undurchführbar bzw. abänderungsbedürftig ist: Werden Sie unverzüglich Ministerialentwürfe für Novellen zu den betreffenden Schulgesetzen ausarbeiten lassen?

. . . . .